

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 458

Mittwoch, 14. April 2010

16. Jahrgang

Die Aufgabe des Evangelismus ist es, Ordnung ins Chaos zu bringen

Noch vor 30 Jahren war die guatemaltekeische Bevölkerung fast ausschließlich katholischen Glaubens. Heute ist es das lateinamerikanische Land mit dem größten Prozentsatz an evangelischen Gläubigen. Diese Tatsache wird in vielen Studien und Analysen über Guatemala ausgeblendet. Virginia Garrard-Burnett hat eine aktuelle Geschichte des Evangelismus in Guatemala geschrieben. Sie ist Professorin an der Universität von Austin, Texas, und Autorin eines Buchs über die Regierungszeit von Efraín Ríos Montt „Terror im Land des heiligen Geists“. Gegenüber vielen simplifizierenden Theorien, welche die Zunahme des Evangelismus einer von der USA und Ríos Montt geplanten Strategie niedriger Kriegsführung zuschreiben (Ríos Montt ist selber Pastor in der evangelischen Kirche „El Verbo“), ist Garrard-Burnett weiter gegangen und hat sich gefragt, weshalb der evangelische Glaube in der guatemaltekeischen Bevölkerung einen so fruchtbaren Nährboden fand. Das folgende Interview erschien in *Inforpress Centroamericana* Nr. 1833.

(Anmerkung der Redaktion: Die Begriffe „evangelisch“, „evangelikal“ und „protestantisch“ werden von Garrard-Burnett synonym verwendet.)

Frage: Ihr Buch hat vorgefasste Meinungen ins Wanken gebracht ...

Virginia Garrard-Burnett: Auch ich kam mit stereotypen Vorstellungen nach Guatemala. Ich dachte, die Zunahme des Protestantismus habe mit den Aufstandsbekämpfungsprogrammen der USA zu tun, mit dem kulturellen Imperialismus. Aber als ich in der Realität ankam, habe ich gemerkt, dass die Auswirkungen der evangelikalen Kirchen auf die Politik sehr wichtig war, dass diese Kirchen nicht einheitlich sind und nicht nach einem von oben herab diktierten Plan handeln. Ich habe gemerkt, dass der Protestantismus die Funktion ausübte, neue Formen der Organisation und sozialer Identität für eine Bevölkerung zu eröffnen, die enorm litt. In die evangelischen Kirchen konnten die Leute gehen, die auf der Suche nach spiritueller Linderung waren, aber die Kirchen waren auch Orte inmitten der Gewalt, wo das zerstörte soziale Netz der Gemeinden wieder aufgebaut werden konnte.

Frage: Weshalb konnte die katholische Kirche diese Funktion nicht wahrnehmen?

V. G.-B.: Die katholische Kirche war damals im ganzen Land sehr angeschlagen. Viele KatechetInnen und Priester waren umgebracht worden. Die katholische Kirche hatte sich in die Katakomben zurückgezogen wie zu Beginn der christlichen Ära. Die evangelischen Kirchen füllten dieses Vakuum sofort. Die katholische Kirche hatte aber bereits vor dem Krieg einen Mangel an Priestern, sie erreichte viele der abgelegenen Orte gar nicht erst. Bei den protestantischen Gruppen gab es dieses Problem nicht, denn jeder konnte Pastor werden. In der evangelischen Doktrin heißt es ja, dass alle Gläubige das Wort Gottes verbreiten sollen. Insofern hatten die Reformierten schon rein zahlenmäßig einen großen Vorteil. Es stimmt, dass die Verbreitung des Protestantismus viel mit der Gewalt der 80er Jahre zu tun hat, aber war keine imperialistische Konspiration, wie man immer vermutet hatte.

Frage: Weshalb hat die Armee die evangelischen Kirchen nicht als eine Gefahr gesehen, wie das beim Katholizismus der Fall war?

V. G.-B.: Der Hauptgrund liegt darin, dass die evangelischen Kirchen nichts mit der Befreiungstheologie zu tun hatten. Einige Sektoren der reformierten Kirche hatten sich der Revolution verschrieben, aber sie waren nicht dominant. Es gab auch keinen Bezug zu den sozialen Bewegungen, im Gegenteil, die evangelischen Kirchen waren ein Ort, um vor der Politik zu fliehen, die eng mit der Gewalt in Zusammenhang gebracht wurde. Die Befreiungstheologie sprach zu den Leuten über das Diesseits, über soziale Gerechtigkeit. Die evangelischen Kirchen sprachen über das Jenseits, über die Gerechtigkeit Gottes und über ein besseres nächstes Leben. Das war genau das, was die Leute nach soviel Gewalt hören wollten. Viele Menschen sind auch zum Protestantismus

konvertiert, weil sie glaubten, dass sie somit sicherer vor Verfolgung seien. In der Regierungszeit von Ríos Montt (1982 – 1983) galten die Evangelikalen als vertrauenswürdig.

Frage: Aber es gab auch viele ProtestantInnen, die unter der Repression litten.

V.G.-B.: Das stimmt. Während der Regierung von Lucas García (1978 – 1982) wurden mehr KatholikInnen als ProtestantInnen umgebracht, aber unter Ríos Montt glich sich das wieder aus. Die Leute glaubten, als ProtestantInnen seien sie geschützt, aber dem war nicht so. Ricardo Falla dokumentierte im Ixcán Fälle von evangelischen Gemeinden, in denen die Leute in die Kirche getrieben und verbrannt wurden.

Frage: Das heißt also, der Protestantismus war kein Werkzeug im Kampf gegen den Aufstand?

V.G.-B.: Doch, sie versuchten es, halfen den evangelischen humanitären Organisationen, welche die Flüchtlinge betreuten, und so hat sich der Protestantismus auch verbreitet. Ich habe auch ZeugInnenaussagen gehört, laut denen Militärkommandanten zu den Leuten gesagt haben sollen: „Ihr müsst nach der Bibel leben und die Macht anerkennen – und die Macht, das sind wir“. Man versuchte also, durch den Glauben und das biblische Vokabular die Leute zu kontrollieren. Das machte auch Ríos Montt in seinen Fernsehprogrammen: Er sprach von Moral und Autorität. Aber es gab nie eine geplante Konspiration, die den Protestantismus als aufstandsbekämpfende Maßnahme nutzen wollte.

Frage: Wollten ihn die USA gegen die Befreiungstheologie einsetzen?

V.G.-B.: Es war die Regierungszeit von Ronald Reagan. Der politische Einfluss der konservativen evangelikalen Lobby-Organisation *Moral Majority* war zu dieser Zeit beachtlich. Ihr ging es aber vielmehr um die US-amerikanische Innenpolitik, Zentralamerika war für sie zweitrangig. Außerdem befand sich Guatemala nicht explizit im „Radar“ der Administration Reagan. Wer in jener Zeit von Zentralamerika sprach, meinte El Salvador und Nicaragua. Die Evangelikalen in den USA sahen in Ríos Montt nicht mehr als einen „Soldaten Gottes“, aber sie verstanden (bewusst oder nicht) nie so richtig, was in Guatemala vor sich ging und waren zu naiv, um einen Christen mit Begriffen wie Genozid in Verbindung zu bringen.

Der Aufstieg des Protestantismus ist insofern als eine Reaktion auf die Befreiungstheologie zu sehen, als diese sehr viel von ihren AnhängerInnen forderte: Es wurde von ihnen verlangt, die Bibel zu lesen, sie zu verstehen und entsprechend politisch zu handeln. Bei der Pfingstgemeinde dagegen geht es vielmehr darum, Gott zu erleben. Das sind natürlich völlig verschiedene Ansätze und führt zu unterschiedlichen Erfahrungen. Viele Leute kritisierten an der Befreiungstheologie, dass sie zu viel von Politik und zu wenig von Religion spricht. Der Evangelismus hingegen lebt innerhalb der Religion eine neue Spiritualität.

Frage: In Ihrem Buch schreiben Sie, dass sich zwischen Ihrem ersten Besuch in Guatemala (1980) und Ihrem zweiten (1983) das religiöse Panorama total verändert habe: Evangelische Kirchen waren plötzlich überall anzutreffen. Wie erklären Sie sich diese rasante Veränderung?

V.G.-B.: In diesen Jahren geschahen drei wichtige Ereignisse: Die Politik der verbrannten Erde, der Papstbesuch und die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Einzugs des Protestantismus in Guatemala. Diese drei Ereignisse führten dazu, dass das Thema Religion in der Gesellschaft an Wichtigkeit gewann.

Frage: Dann hatte der Krieg also doch einen Einfluss auf die Verbreitung des Protestantismus?

V.G.-B.: So richtig begann es mit dem Erdbeben 1976. Die Zunahme des Protestantismus hat insofern mit der politischen Gewalt zu tun, als die Leute in Zeiten der Krise immer nach Alternativen suchen, um Ordnung ins Chaos zu bringen: Die einen suchten nach einer politischen Antwort und schlossen sich der Guerilla an, andere wiederum schlossen sich einem religiösen Glauben an. In Nicaragua geschah genau das gleiche, es gab ein schreckliches Erdbeben, kurz darauf begann der Krieg, und der Sandinismus bot eine Alternative gegen all diesen Schrecken. Als man in den 90er Jahren den Sandinismus nicht mehr als die Lösung sah, kam es zu einem Aufschwung der evangelikalen Kirchen.

Frage: Es ist etwas paradox, dass die Leute sich genau in dem Moment von der katholischen Kirche abwandten, als diese begann, sich den Leuten zuzuwenden.

V.G.-B.: Jemand sagte einmal, die Kirche hat die Armen ausgewählt, und die Armen haben die Pfingstgemeinden gewählt ...

Frage: Der Evangelismus verbietet den Synkretismus zwischen dem Christentum und dem traditionellen Glauben. Ist das kein Hindernis für die evangelischen Kirchen?

V.G.-B.: Doch, das stimmt. Der von den Indígenas verehrte Maximón zum Beispiel hat keinen Platz in der evangelischen Kirche. Aber ein großer Vorteil gegenüber der katholischen Kirche ist, dass die Pastoren immer aus der Gemeinde stammen, viele von ihnen sind Indígenas. Es gibt eine Ablehnung gewisser Traditionen, wie zum Beispiel die Berggeister, aber meistens ignoriert man sie. Man akzeptiert, dass es sie gibt, aber man misst ihnen keine Bedeutung zu.

Frage: Weshalb sind gerade die Pfingstgemeinden so erfolgreich?

V.G.-B.: Es ist eine Form des Evangelismus, der gut zum Land passt. Die Pfingstgemeinden offerieren eine Logik, mit der man das Unglück erklären kann, das Guatemala durchlebt hat. Irgendwie müssen die Menschen das alles ja „verdauen“.

Frage: Ist der Protestantismus eine Fortschrittsreligion, verspricht er einen sozialen Aufstieg durch ethisches Verhalten?

V.G.-B.: Ich glaube nicht. Mit Ausnahme der NeupfingstlerInnen vielleicht, die oft Leute aus der Oberschicht sind, sind die meisten ProtestantInnen arme Leute. Ein wichtiger Faktor ist vielmehr, dass viele Evangelikale keinen Alkohol trinken und deshalb die Probleme, die im Zusammenhang mit Alkohol auftreten, bei ihnen nicht vorkommen. Es gibt bei ihnen schon diese Idee der „Besserung“, und es gibt Gruppen, die sich wöchentlich treffen, um darüber zu diskutieren, was ein „guter Arbeiter“ ist oder wie man „richtig“ mit Geld haushaltet. Aber wenn man die lateinamerikanischen Statistiken anschaut, kann man nicht sagen, dass evangelisch zu sein, bedeutet, mehr Geld zu haben. Klar, bei sehr armen Leuten macht es einen finanziellen Unterschied, ob sie Alkohol trinken oder nicht. Ebenso sind Menschen evangelischen Glaubens eher bereit, sich für die Religion einzusetzen, sie opfern ihrer Kirche Zeit und Geld – immer mit dieser Idee der „Besserung“.

Frage: Der Protestantismus ist heute eine der größten und am besten organisierten sozialen Bewegungen. Bietet er eine Chance für gesellschaftliche Veränderungen oder ist er zutiefst konservativ?

V.G.-B.: Es gibt immer mehr protestantische Pfarrer, die zu begreifen beginnen, dass es in diesem Land viele Menschen gibt, die ein schreckliches Leben haben, und zwar nicht, weil sie Gott folgen, sondern weil die sozialen Strukturen ungerecht sind. Diese Entwicklung konnte man in den letzten Jahren auch in Brasilien beobachten, und die Kirchen sind etwas aus ihrer konservativen Ecke herausgekommen. Aber Guatemala hat eine andere Geschichte. Hier verfügen die Evangelikalen über ein enormes soziales Kapital, sie haben eine Vision, haben Geld, Universitäten, Spitäler, und sie haben sehr effiziente soziale Netze. Wer in diesem Land kann von sich dasselbe behaupten? Aber oft scheint es, dass sie selber Angst vor diesem Potential haben. Der Glaube, dass, wer den Kopf gesenkt hält, sicherer ist, ist in Guatemala nach wie vor weit verbreitet. Haroldo Caballeros (evangelischer Pastor und Präsidentschaftskandidat der Partei VIVA im letzten Wahlkampf), den man wegen vielem kritisieren kann, hat mit diesem Denken gebrochen und beschränkt sich nicht darauf, ausschließlich von Religion zu reden. Er sagt: „Wir haben ein enormes Potential, und wir haben eine Zukunftsvision für dieses Land.“

¡Fijáte!

www.guatemala.de/Fijate

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-

Fünf mafiöse Organisationen und 12 kriminelle Netzwerke haben den Staat im Griff

Guatemala Stadt, März/April 2010 Wie aus Regierungskreisen verlautet, seien die fünf Organisationen und die 12 Netzwerke der organisierten Kriminalität, die mehrheitlich die Verursacher der Unsicherheit im Lande sind, identifiziert worden. Die Netzwerke, deren Wurzeln in staatlichen Institutionen lägen, seien verantwortlich für den Drogenhandel, Raub von Drogen und Autos, Geldwäsche, Entführungen, Menschen- und Waffenhandel, illegale Adoptionen, Bandenunwesen, Korruption, Erpressung und Auftragsmorde.

Die meisten dieser Kriminellen seien ehemalige Militärs, die während des bewaffneten Konfliktes Personen für ihre Dienste einspannten, um gegen die Guerilla zu kämpfen. Diese Arbeitsweise blieb auch nach Ende des Bürgerkrieges erhalten. Heute sichern sie ihre Geldquellen, verwalten Latifundien, sind Aktionäre von Unternehmen und Finanziers politischer Kampagnen. Ermittler hätten versichert, dass jede Gruppe ihren eigenen Chef habe; im Rahmen der Untersuchungen seien unter anderem die Namen Napoleón Rojas, Jacobo Salán Sánchez, Francisco Ortega Menaldo und Alfredo Moreno gefallen.

Die kriminellen Machenschaften seien allerdings – so der Stand bisheriger Untersuchungen – nicht auf Guatemala beschränkt, vielmehr bestehe die Sorge, dass US-Banken dazu benutzt worden seien, das illegal verdiente Geld rein zu waschen. Um weiterhin die lukrativen Geschäfte und die Straffreiheit garantieren zu können, ist nach Ansicht der Ermittler der Einfluss dieser Gruppen auf staatliches Handeln an drei Punkten besonders sichtbar: die Einbindung von Polizeikräften im Drogenhandel, die Veruntreuung von Staatsgeldern im Verteidigungsministerium und eine Vielzahl von Richtern, die Urteile zugunsten der Kriminellen gefasst haben. Die bisherigen Untersuchungen hätten gezeigt, dass jede Gruppe in verschiedenen Regionen operiere, besonders stark betroffen von deren Aktivitäten seien allerdings die Departments Huehuetenango, Alta Verapaz, Zacapa, Escuintla und Quiché (alle an den Grenzen zu Nachbarländern gelegen).

Die internationale Organisation Transparency International (TI) und die guatemalteckische BürgerInnenaktion (AC) stellten in diesem Zusammenhang eine Studie vor „Netzwerke der Korruption und korrumpierende kriminelle Netzwerke“ vor. In dieser zeigen sie auf, wie diese Gruppen den Staat durch Finanzierung von politischen Parteien, zivile Dienstleistungen und Kauf öffentlicher Güter übernahmen. Dazu erklärte Alejandro Urizar von der AC:

„Die Finanzierung von PolitikerInnen ist ein Türöffner, mit der diese angehalten werden, zu den Investitionen beizutragen. Im Falle des Erwerbs öffentlicher Güter und dem Anbieten von zivilen Dienstleistungen geht es nicht darum, Verträge zu erhalten, sondern darum, Personen in Schlüsselpositionen zu gewinnen.“

Nach Einschätzung der Studie näherten sich die Mafiosi bestimmten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kontexten an, je nachdem, wie ähnlich sie ihren Interessen sind. „Um die Straffreiheit zu sichern, suchen die Netzwerke die Beihilfe der politischen Autoritäten und ihrer Funktionäre“, heißt es weiter in der Studie.

Die US-Menschenrechtsorganisation Washingtoner Büro für lateinamerikanische Angelegenheiten (WOLA) hatte bereits im Jahre 2003 in ihrem Buch „Hidden Powers in post-conflict Guatemala“ konkrete Namen der fünf Organisationen genannt, die seit Jahrzehnten für die organisierte Kriminalität in Guatemala verantwortlich zeichnen: Die Mafiagruppen La Cofradía und El Sindicato, der inzwischen offiziell aufgelöste Präsidiale Sicherheitsstab (EMP), die Zivilpatrouillen (PAC) und das Netzwerk Moreno mit seiner Gruppe Salvavidas.

Nach Angaben von WOLA sind die Mitglieder von La Cofradía noch aktive oder ehemalige Offiziere des Militärgeheimdienstes, eine Art Bruderschaft innerhalb der Streitkräfte, die sich während der Zeit der korrupten Verwaltung unter der Militärjunta von Romero Lucas García herausbildete. Bekannteste Namen sind Luis Francisco Ortega Menaldo, der von 1991 bis 1993 Chef der EMP war, und Manuel Callejas y Callejas, ehemaliger Chef der Obersten Zollbehörde. (Hier zeigt sich, dass die Durchdringung perfekt funktioniert hat.)

El Sindicato tauchte erstmals 1969 auf, hervorgegangen aus dem 73. Jahrgang der Polytechnischen Schule, der sogenannten Militärakademie, und galt innerhalb der Streitkräfte als reformorientiert, beeinflusst von der Strategie der Aufstandsbekämpfung niedriger Intensität der USA. Man nannte sie auch *„institutionelle Aufstandsbekämpfer, da sie das 30-70-Schema bevorzugten: bringe 30 % der Bevölkerung um und rette die restlichen 70% durch Entwicklungsprojekte.“*, zitiert der Bericht den Verteidigungsminister von 1987-90, General Héctor Alejandro Gramajo. Prominentestes Mitglied dieser Klassenkameraden ist Otto Perez Molina, der frühere Geheimdienstchef, von 1993-96 auch Chef des EMP, ehemaliger Abgeordneter der GANA, später Gründer der Patriotischen Partei (PP), und schließlich Präsidentschaftskandidat bei der letzten Wahl und jetziger Oppositionsführer. WOLA beschuldigt Molina unter anderem, als Chef des EMP die Ermordung des Richters Edgar Ramiro Elías Ogaldez 1994 angeordnet zu haben sowie die Entführung und Ermordung des Guerillaführers Efraín Bámaca.

Auch der durch Korruptionsvorwürfe bekannte General Roberto Letona Hora gehört mutmaßlich zum Sindicato. Der EMP hatte für die geheimen Strukturen zwei Funktionen: auf der einen Seite Schutz, logistische Hilfe und dem Präsidenten 'gute' Ratschläge zu gewähren, auf der anderen, Aktivitäten im militärischen Geheimdienst und verdeckte Aktionen. Deren Arbeit begann in der Amtszeit von Efraín Ríos Montt im Generalarchiv und in anderen Diensten, wie z.B. die spätere präsidiale Abteilung für Sicherheit.

WOLA berichtete außerdem, dass das Netzwerk Moreno (d.i. Alfredo Moreno) und deren Gruppe Salvavidas aufzeigen, wie weit es die geheimen Mächte in Guatemala gebracht hätten, sowohl in ihren illegalen Aktivitäten, wie in ihren Beziehungen zur politischen und wirtschaftlichen Macht im Land.

Transparency International betont in seiner Studie, dass die Machenschaften des organisierten Verbrechens nur mit Hilfe der CICIG beendet werden können durch eine Neuausrichtung der politischen Parteien und durch Reformen der politischen Ökonomie; denn durch die bestehende Korruption würden die mafiösen Unternehmen bei aktuellen Gesetzesänderungen und Strafprozessen Vorgänge veranstalten, die Versteigerungsauktionen gleichen.

All die Informationen, die hier zusammengetragen wurden, sind schon seit vielen Jahren bekannt. Die meisten der genannten Personen dürfen aufgrund ihrer mutmaßlichen Verwicklung in Verbrechen der organisierten Kriminalität nicht in die USA einreisen. Die Informationen waren Gegenstand vieler Berichte, Erklärungen von guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen, der UNO, der OAS, selbst dem US-Botschafter und dem US-Außenministerium.

Was also ist neu an dem, was hier berichtet wird: dass die Regierung Colom all das zugibt und dass es mit der CICIG eine Institution gibt, die zusammen mit den nicht mafia-infiltrierten JustizvertreterInnen ernsthaft gegen die Strukturen anzugehen bereit ist.

Der WOLA-Bericht von 2003 ist abrufbar unter: <http://www.wola.org/media/Guatemala/HiddenPowersFull.pdf>
Ein Bericht über geheime Strukturen in Lateinamerika aus dem Jahr 2008 siehe:
<http://www.wola.org/media/WOLA-rpt-OrganizedCrimeFinal.pdf>

Montenegro vermutet Wahlstrategie hinter dem Programm *Mi Familia Progres*

Guatemala, 07. April. Alle Begünstigten des Programms *Mi Familia Progres* (MIFAPRO) besitzen einen Personalausweis und sind beim Einwohnermeldeamt registriert. Zu diesem Schluss kam Nineth Montenegro, welche die 136 Bezirke, in denen dieses soziale Assistenzprogramm eingeführt wurde, überprüfte: „das verstärkt die Vermutung, dass das Programm Teil einer frühen Wahlkampagne der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) ist, da viele Menschen dazu gebracht wurden, sich der Partei anzuschließen, um an dem Programm teilhaben zu können.“

Durch MIFAPRO werden alle zwei Monate 300 Quetzales unter der Bedingung ausgezahlt, dass die Kinder der Familien zur Schule und zum Arzt gehen. Insgesamt werden 471.756 Personen unterstützt. Diese Begünstigten haben es ebenso ohne Schwierigkeiten geschafft, sich beim Einwohnermeldeamt anzumelden und einen Personalausweis zu bekommen (etwas, was nicht immer so einfach ist in Guatemala). Auch stellte sich bei der Analyse der Daten heraus, dass die meisten Begünstigten in den Departments Alta Verapaz, Huehuetenango, Quiché und San Marcos leben. Diese vier Departments sind Schlüsselregionen für jegliche Wahlen, auch für die Präsidentschaftswahlen von 2011. Deshalb kam die Kongressabgeordnete Montenegro zu dem Schluss, dass die UNE das Programm zu Zwecken der Wahlkampagne nutzt.

Gleichzeitig gab es Beschwerden an MIFAPRO von Seiten der Begünstigten in San Cristóbal Verapaz, Department Alta Verapaz, da die Personen, die die Fonds ehrenamtlich verteilen, oft zwischen 10 und 20 Quetzales Gebühren für Fahrtkosten verlangen. Diese Personen sind Frauen aus der gleichen Gemeinde, was auch teilweise dazu beigetragen hat, weshalb es zu Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den BäuerInnen kam. Da viele Familien sich weigerten, die Gebühren zu bezahlen, wurden sie bei der nächsten Auszahlung nicht berücksichtigt und die Anzahl der begünstigten Familien ging zurück. So hat MIFAPRO zu Spaltungen in der Gemeinde beigetragen anstatt das soziale Wohlbefinden zu fördern, wie Eugenio Caal López, Mitglied des Gemeinde-Entwicklungsrats (Cocode) von Las Pacayas erklärte.

Jaime Tilom, Bezirkskoordinator von MIFAPRO, weist die Anschuldigungen allerdings zurück: „der Bürgermeister war von der Partei FRG und wechselte zur PP. Nun manipuliert er die Cocodes, damit sie die Verteilerpersonen in Misskredit bringen und er seine eigenen Leute einsetzen kann. Er greift selbst zu gewaltsamen Mitteln, wie die Einschüchterung der Frauen, die die Zahlungen für MIFAPRO übergeben.“

Felipe Valenzuela, Direktor von *Emisoras Unidas*, angeschossen

Guatemala Stadt, 09. April. Felipe Valenzuela, Direktor des Radio *Emisoras Unidas* und Kolumnist der Zeitung *Siglo XXI* wurde auf dem Weg zu einer Messe in der Zone 14 überfallen. So wie es aussieht, zwangen zwei Verbrecher ihn dazu, die Schlüssel seines Wagens zu übergeben. Dies tat Valenzuela auch, wurde aber trotzdem dreimal angeschossen und dabei am Kopf verletzt. Nach dem Überfall lief Valenzuela 300m bis zu einer Notaufnahme, wo er sofort behandelt wurde.

Als die Nachricht bekannt wurde, solidarisierten sich verschiedene DirektorInnen der Kommunikationsmedien sowie Regierungsfunktionäre, wie der Vizepräsident Rafael Espada, Regierungsminister Carlos Menocal und Carlos Castresana von der CICIG, mit dem Radiodirektor. Ebenfalls wurden Untersuchungen wegen Überfall und Wagendiebstahls eingeleitet.

Auch in den folgenden Tagen äußerten mehre Institutionen und Organisationen ihre Solidarität mit dem Opfer und mit der gesamten Pressegemeinde.

Schneller, größer, tiefer: Russland will bei Wasserkraft und Ölförderung helfen

Guatemala, 22. März 2010 Russland will Guatemala dabei helfen, ihre Energieversorgung durch hydroelektrische Großprojekte zu verbessern. Was die Präsidenten Álvaro Colom und Medvedev vollmundig verkünden, wird viele indigene Gemeinden eher ängstigen: angesichts ihrer mehr als negativen Erfahrungen mit den Wasserstaudämmen sind in den Regionen, in denen Projekte angedacht sind oder geplant werden, politische, soziale und ökologische Kämpfe vorprogrammiert. Gleiches gilt für den zweiten Wirtschaftszweig, bei der eine Zusammenarbeit vereinbart wurde: die Ölförderung. Weder Guatemala selbst, noch auch Russland sind für die Einhaltung ökologischer Standards bekannt.

Bleibt der dritte Bereich der Vereinbarungen, bei Fragen der Sicherheit und der Drogenbekämpfung. Russland hilft bei der „technisch-militärischen“ Bekämpfung des Drogenhandels. Mehrere guatemalteckischen PolizistInnen werden derzeit in Moskau auf Kosten Russlands aus- bzw. weitergebildet.

Aber nicht nur guatemalteckische PolizistInnen sind ab sofort in Russland willkommen, sondern jede/r BürgerIn beider Staaten, denn der gegenseitige Visumszwang wurde abgeschafft. Der Beginn einer neuen Völkerfreundschaft, oder soll das organisierte Verbrechen in Guatemala durch russische Konkurrenz bekämpft werden?

Deutschland unterstützt die Aufforstung in Zentralamerika

Guatemala, 12. April. Die Region der Departments Huehuetenango, Quiché, Alta und Baja Verapaz, genannt „*corredor seco*“, stellt eine der Prioritätszonen der Aufforstung im Rahmen des Programms der *Reduzierung der Abholzung und Verschmutzung der Wälder* (Redd) dar, welches von der *Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit* (GTZ) initiiert wurde. Dieses Programm soll die Waldzonen Belizes, Guatemalas, Honduras, Nicaraguas, Costa Ricas, Panamas und der Dominikanischen Republik retten. Insgesamt werden 12 Millionen Euro über sechs Jahre investiert, die erste Phase begann im März diesen Jahres und wird im September 2010 enden.

Bernhard Dohle, Direktor der GTZ in Guatemala, sagte, dass das Programm die Implementierung neuer Politiken und die Verbesserung existierender Politiken fördern soll, wie z.B. wirtschaftliche Anreize, die den Schutz der Wälder erlauben. Dabei ist die Zusammenarbeit mit der Regierung und der Zivilgesellschaft eine Grundlage, um die Ziele des Programms zu erreichen. Dem stimmt auch Laszlo Pancel, Koordinator des Redd, zu und weist auf sehr gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit BäuerInnen hin.

Diese Menschen sind auch die ersten, die die Auswirkungen der Abholzung zu spüren bekommen. Allein im *corredor seco* verzeichnet man mehr als 54.000 Familien, die von Armut, Hunger und Unterernährung betroffen sind.

Interpol sucht nach 71 GuatemalteklInnen wegen verschiedener Delikte

Guatemala, 12. April.- Die Internationale Polizei (INTERPOL) sucht wegen Mord, Drogenhandel, Geldwäsche und anderer Verbrechen nach mindestens 71 GuatemalteklInnen (neun Frauen und 62 Männer), die auf der Fahndungsliste von Ländern wie den USA, Nicaragua, El Salvador, Honduras, Panama, Costa Rica und Russland stehen.

Unter den bekanntesten Flüchtlingen befinden sich die Brüder Francisco José und José Estuardo Valdez Paiz, die den Mord an Rodrigo Rosenberg in Auftrag gegeben haben sollen.

Ein weiterer Guatemalteke ist Marvin Montiel Marín, Chef der Bande, die 15 Nicaraguaner und einen Holländer ermordet hat. In diesem Zusammenhang sind ebenfalls acht Bandenmitglieder, darunter der Bruder und die Mutter des vermeintlichen Chefs, auf der Liste der Gesuchten zu finden.

Zwei andere Flüchtige sind Juan Carlos Maldonado Paz und Ariel Estuardo Camargo Fernández, Rechtsvertreter und Präsident von Bancafé, der Geldwäsche, Erpressung und andere Delikte beschuldigt.